

Sitzungsvorlage		35/2015	
Schienengüterverkehr in der Region Karlsruhe - Resolution des Kreistags des Landkreises Karlsruhe			
TOP	Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
9	Kreistag	16.07.2015	öffentlich

2 Anlagen	1. Resolution des Landkreises Karlsruhe zum Schienengüterverkehr 2. Antwortschreiben vom 22.05.2015 auf die Stellungnahme von Herrn Landrat Dr. Schnaudigel als Verbandsvorsitzenden des RVMO an Herrn Bundesverkehrsminister Dobrindt vom 21.04.2015
------------------	--

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt, sich der „Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr“ gemäß der modifizierten Fassung (Anlage 1) anzuschließen.

I. Sachverhalt

1. Allgemein

Auf der europäischen Hauptroute im Schienengüterverkehr Rotterdam - Genua werden zwischen Mannheim und Karlsruhe eine mit mehreren hundert Zügen pro Tag steigende Anzahl an Güterverkehren erwartet.

Mit der Fragestellung wie die Schienenkapazität für die anfallenden Güterzüge sichergestellt werden kann, beschäftigt sich die „Korridorstudie Mittelrhein“, deren Ergebnisse am 12.03.2015 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Frankfurt und Mannheim vorgestellt wurden. Das Ergebnis der Studie wird die Grundlage für die Bewertung von Maßnahmen zur Optimierung des Mittelrheinkorridors im neuen Bundesverkehrswegeplan sein.

Im Rahmen der Untersuchung wurde insbesondere der Bedarf von zwei zusätzlichen Gleisen im Abschnitt zwischen Philippsburg/Molzau und Karlsruhe festgestellt. Inwiefern die zusätzliche Kapazität durch einen Ausbau der Bestandsstrecke oder einem Neubau andernorts realisiert wird, ist derzeit noch offen.

Um möglichst viele Informationen zu sammeln und den Sachverhalt für weitergehende politische Entscheidungen transparent aufzuarbeiten, wurde seitens des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein eine Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr im Raum Karlsruhe/Germersheim gebildet. Hierin vertreten sind die betroffenen Ministerien, die Regionalverbände, Landkreise sowie die Stadt Karlsruhe.

2. Aktueller Sachstand

Im Rahmen der letzten Kreistagsitzung am 21.05.2015 hat Herr Bürgermeister Reinwald im Kreistag den Entwurf einer Resolution zum Ausbau des Schienengüterverkehrs angeregt.

Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein hat sich frühzeitig mit dieser Thematik befasst und bereits ein Positionspapier (siehe Tischvorlage zur Sitzungsvorlage 15/2015 an den Verwaltungsausschuss vom 23.04.2015) erarbeitet, das im Planungsausschuss beschlossen wurde. Die Erklärung besteht aus sechs Punkten, die grundsätzlich anerkennen, dass Güterverkehr verstärkt auf die Schiene gehört, hierdurch allerdings auch erhebliche Belastungen für Anwohner entstehen. Darüber hinaus ist enthalten, dass die Region und ihre Bewohner frühzeitig in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden und dass ein vorausschauender Lärmschutz erforderlich ist. Des Weiteren müssen auch die Interessen anderer Mobilitätsnutzer und -angebotsformen berücksichtigt werden. Abschließend lädt die Region Mittlerer Oberrhein alle Beteiligten und Interessierten zu einem offenen Dialog ein. Der Landkreis Karlsruhe beteiligt sich mit seinen (möglicherweise) betroffenen Städten und Gemeinden an diesem Austausch. Die „Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr“ des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein wurde diesbezüglich angepasst (**Anlage 1**).

Herr Landrat Dr. Schnaudigel hat in seiner Funktion als Verbandsvorsitzender des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein mit Schreiben vom 21.04.2015 Herrn Bundesverkehrsminister Dobrindt angeschrieben. Neben der „Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr“ wurde hierin die Bereitschaft signalisiert, sich konstruktiv an der bevorstehenden Konsultation zur „Korridorstudie Mittelrhein“ zu beteiligen. Dafür ist ein offenes und transparentes Verfahren ebenso wichtig wie eine vorurteilsfreie Einbeziehung sämtlicher Trassenvarianten.

Mit Schreiben vom 22.05.2015 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hierauf geantwortet (**Anlage 2**). Das BMVI plant noch in diesem Sommer einen Ergebnisbericht zum Konsultationsverfahren zu veröffentlichen.

Die Landkreisverwaltung schlägt vor, sich der modifizierten „Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr“ anzuschließen.

3. Weiteres Vorgehen

In den bisherigen Sitzungen der Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr im Raum Karlsruhe/Germersheim waren die Städte und Gemeinden über den Landkreis Karlsruhe beteiligt. Auf Wunsch (möglicherweise) betroffener Kommunen werden diese in den weiteren Prozess aktiv miteingebunden.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe ist derzeit noch nicht terminiert, wird aber vermutlich nach der Sommerpause erfolgen.

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.06.2015 (Vorlage Nr. 40/2015) die Angelegenheit vorberaten und dem Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Hierbei wurde insbesondere unterstrichen, dass es bei den weiteren Abstimmungen sowohl um den Neubau wie auch Ausbau und die Ertüchtigung der vorhandenen Strecke gehen muss.

II. Finanzielle / Personelle Auswirkungen

Über die finanziellen Auswirkungen aufgrund der Entwicklungen im Schienengüterverkehr in der Region Karlsruhe kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden.

III. Zuständigkeit

Da es sich hierbei um grundlegende Entscheidungen handelt, ist die Beschlussfassung im Kreistag vorgesehen.